



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XI/84 - 11.4.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 089 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Geschichtsklitterungen in der Konkordats-Frage	S. 1
Disput Mollet-Adenauer?	S. 3
Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit	S. 5
Trauer Glocken in Magdeburg	S. 6

Notwendige Antwort an die CDU

sp. Der Bundestag wird sich in nächster Zeit mit dem Verhalten der Bundesregierung in der Konkordatsfrage zu beschäftigen haben. In dieser heiklen Frage, die stark von religiösen Empfindungen mitbestimmt ist, wird viel von dem Ton abhängen, in dem darüber gesprochen wird.

Umso mehr ist es zu beklagen, dass die CDU von vornherein einen schrillen Kampftönen anstimmt, der die Sachlichkeit einer Auseinandersetzung zu beeinträchtigen droht. Unter der Überschrift "Die Konkordate stehen zur Debatte" hat der 'Deutschland-Union-Dienst' der CDU/CSU kürzlich in einer Weise Stellung bezogen, die nur als Geschichtsklitterung bezeichnet werden kann. Die mit Unterstützung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion interfraktionell von einigen Abgeordneten, die der SPD, der FDP und dem BHE angehören, gemeinsam aus tiefer Sorge um die Auswirkungen der Regierungslinie eingebrachte Grosse Anfrage wird fälschlich als eine sozialdemokratische Interpellation bezeichnet, um sie unbeschoren in das Streitchema Koalition/Opposition einzubeziehen, obgleich man allseits bestrebt sein sollte, ein Anliegen dieser Art aus den Parteigegensätzen herauszuhalten.

Schlimmer noch ist es, dass der 'Deutschland-Union-Dienst' die Grosse Anfrage sofort als "Angriff auf die Kirchen" missdeutet. Dadurch entsteht die Gefahr, dass jede verantwortungsbewusste Erörterung von vornherein diffamiert wird. Von einem "Angriff auf die Kirchen" - weder auf die katholische noch auf die Evangelische - kann überhaupt keine Rede sein, zumal einer der Gründe für die Anfrage gerade auf den Sorgen beruht, die für jeden Unbefangenen, erst recht aber für jeden evange-

licher Christen sichtbar werden. Hinzu kommt, dass die CDU/CSU die Interpellation mit dem Streit um das niedersächsische Schulgesetz verknüpft und dabei irreführend von einem "Massenprotest der Christen beider Konfessionen" gegen die Schulregelung im Lande Niedersachsen spricht. Dadurch soll wieder einmal der intolerante und verletzend Eindruck hervorgerufen werden, als ob es Christen nur in der CDU/CSU als dem "christlichen Lager" gebe, während alle parteipolitisch Andersdenken Kirchenfeinde oder Antichristen wären. Auch sollte man in der CDU/CSU doch eigentlich wissen, dass der Widerspruch gegen die niedersächsische Schulgesetzgebung nur von katholischer Seite und auch dort keineswegs von allen Katholiken kam, die Evangelische Kirche dagegen keine Einwendungen zu erheben hatte. Oder will man, angefangen mit Landesbischof Dr. Lilje, die evangelischen Christen nicht zu den Christen zählen? Dann sollte sich die Evangelische Kirche fragen, ob sie es dulden will, dass eine politische Partei, wie die Unionspartei, sich in solcher Form an die Stelle der Kirchen setzt und allein im Namen der Kirchen sprechen zu können vorgibt.

Ebenso sind es Geschichtsklitterungen, was der "Deutschland-Union-Dienst"-unter Missbrauch des Namens Friedrich Eberts - über das Reichskonkordat 1933 verbreitet. Sollte Ebert im Jahre 1920 dem Päpstlichen Nuntius Pacelli erklärt haben, dass das Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland neu zu regeln sei, so hat er dabei ganz gewiss an keine Abweichung von der von ihm beschworenen Weimarer Reichsverfassung, noch gar an den Abschluss eines Reichskonkordates gedacht. Es ist schlechthin unzutreffend, wenn der "Deutschland-Union-Dienst" glauben machen will, lediglich die mangelhafte Stabilität der Reichskabinette in der Weimarer Republik hätte die angeblich von verantwortungsbewussten Politikern geforderten Vertragsverhandlungen niemals zu einem Abschluss reifen lassen. Die Konkordats-Debatte im Reichstag am 17. Juni 1925 beweist, dass mit Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei sämtliche Reichstags-Fraktionen ein Reichskonkordat nicht für wünschenswert hielten.

Wenn der "Deutschland-Union-Dienst" schließlich darauf hinweist, dass im Reichskonkordat des Jahres 1933 "der staatlichen Seite unter dem Druck der Verhältnisse weitgehende Konzessionen eingeräumt werden mussten", so sollte er nicht verschweigen, welche Zugeständnisse dies waren. Die Katholische Kirche zog sich durch das Reichskonkordat -3-

rechtlich und tatsächlich aus dem politischen Raum mit der Massgabe zurück, dass die Vereinbarungen über die Auflösung der Zentrumspartei und das Verbot aller in die Politik hineinwirkenden christlichen Organisationen, einschliesslich der christlichen Gewerkschaften, die verabredete Grundlage des Konkordates bildeten. Es kann von der Katholischen Kirche kaum angenommen werden, dass sie sich heute in einer freiheitlichen Demokratie an Zusagen gebunden fühlt, die auf der Anerkennung eines politischen Monopols der totalitären NSDAP und des von ihr beherrschten Machtstaates beruhten.

In der Konkordats-Debatte des Bundestages wird vor allem über die Art gesprochen werden müssen, wie die Bundesregierung bisher die Konkordats-Frage behandelt hat und welche einseitige sowie unzeitgemässe und bedenkliche Auslegung sie dem unter gänzlich anderen und recht unerfreulichen Verhältnissen abgeschlossenen Reichskonkordat zu geben wünscht. Bis zum Reichskonkordat 1933 sind alle Übereinkommen zwischen Staat und Kirche in Deutschland auf der Grundlage der Parität getroffen worden, weshalb z.B. auch das Bayerische Konkordat von 1929 von gleichzeitigen und gleichartigen Verträgen mit den Evangelischen Kirchen begleitet war. Das Reichskonkordat 1933 dagegen ist auf keine solche Parität hin angelegt, sondern wurde - von der Katholischen Kirche aus zeitbedingten Gründen - in einem Augenblick geschlossen, als die parteipolitischen Übergriffe der NSDAP mit dem Ziel einer Gleichschaltung und der Entchristlichung der Evangelischen Kirchen ihrem Höhepunkt zustrebten.

Es stünde schlimm für die Sache, um die es geht, wenn die CDU auf dem gefährlichen Wege fortschreiten wollte, den sie mit jener Verlautbarung ihres Pressedienstes eingeschlagen hat.

* * *

Pariser Reaktion auf Bonner Aufregung

b.v.-Paris

Zwar haben alle französischen Minister einschliesslich des Regierungschefs ausreichend zu tun, um über die Mittel zu diskutieren, die angewandt werden sollen, um Algerien nicht zu verlieren. Aber es muss doch, da nun eine Begegnung Mollets mit Adenauer sicher scheint, noch Zeit erübrigt werden, um sich über die Aufregung klar zu werden, die das nun schon soviel kommentierte "Interview Mollet" in der Bundesrepublik hervorgerufen hat.

Wenn in dem Interview erklärt wird, die deutsche Wiedervereinigung

könne nur im Rahmen der allgemeinen Entspannung und Abrüstung erreicht werden, und dass zunächst einmal mit dieser Arbeit begonnen werden müsse, so hat Mollet nach Pariser Meinung nichts Neues gesagt. Selbstverständlich ist die offizielle These, die von Vielen in Europa und den USA vertreten wird, die, dass erst die deutsche Frage bereinigt werden müsse, und diese offizielle These steht im Widerspruch zu dem, was Mollet sagte. In der Praxis aber hat sich bekanntlich gezeigt, dass man mit ihr nicht weiterkommt - so wenigstens argumentiert Paris - und dass die einzigen, die aus ihr Vorteile ziehen konnten, die Herren in Pankow waren.

Weiterhin fragen sich französische und fremde Politiker in Paris, welches Gegenprogramm der Kanzler in einer Unterredung mit Mollet vorzubringen hätte. Er könnte, glaubt man, nur auf der alten These beharren eben jener, die bisher von einem Misserfolg zum anderen geführt hat: Oder ist man in den letzten fünf Jahren in der Wiedervereinigungsfrage auch nur einen einzigen Schritt weitergekommen? Darf - dies ist die letzte Frage im Zusammenhang mit dem Mollet-Interview - ein Realpolitiker annehmen, Moskau werde freien Wahlen in Gesamtdeutschland zustimmen, wenn gleichzeitig eine bundesdeutsche Armee aufgebaut und die NATO-Verträge erfüllt werden?

Was sovielen innenpolitische Gegner des Sozialisten Mollet veranlasst, dem Inhalt des Interviews zuzustimmen, ist die Überzeugung, dass man "eine neue Platte auflegen" müsse, nachdem oft genug festgestellt wurde, dass die alte wirkungslos verhallte. Die "neue Platte" scheint aber Missfallen zu erregen und nicht nur in Deutschland, wobei bekanntlich soweit gegangen wird, anzudeuten oder direkt zu behaupten, Mollet habe damit das Spiel Moskaus zu unterstützen gesucht, um sich hierdurch einen besonders herzlichen Empfang in Moskau zu sichern.

Diese Behauptung wird in Paris als völlig abwegig deshalb bezeichnet, weil die Einladung Moskaus an Mollet und Pineau schon erfolgt war, als keiner von beiden der Regierung angehörte; nicht Mollet und Pineau haben den Sowjets nahegelegt, sie zu einer Unterredung einzuladen, sondern die ursprünglich an die französische sozialistische Partei ergangene Einladung wurde später, nachdem die jetzige, unter sozialistischer Führung stehende Regierung gebildet war, wiederholt. Es liegt demnach gar kein Grund dafür vor, sich auf Kosten Deutschlands in Moskau einen besonders freundschaftlichen Empfang sichern zu wollen. Vielmehr - 5 -

besagt die "neue Platte" nichts anderes als dass nach den zahlreichen Misserfolgen, die verzeichnet wurden, solange man versuchte ein Problem nach dem anderen zu lösen, es nun an der Zeit ist, zu begreifen, dass es kein Nacheinander, sondern nur ein Nebeneinander geben könne. Niemand kann garantieren, dass das Nebeneinander erfolgreicher sein wird als das Nacheinander; der Versuch aber dürfte der Mühe wert sein.

Bonner Initiative erwartet

Es wird als möglich angesehen, dass der Bundeskanzler die Westmächte auffordern wird, in allernächster Zukunft eine neue Initiative mit dem Ziel "Wiedervereinigung" zu ergreifen. Wenn er dies tut, wäre es eine indirekte, abweisende Antwort an Mollet - es sei denn, ein solcher Schritt wird im Rahmen der Londoner Abrüstungs-Beratungen unternommen. Dann wäre es kein Abweisen der Idee Mollets, sondern der Versuch, ein Thema einzuschalten, das in London nicht zur Diskussion stand. Und wenn dieser Versuch glückt, so wäre er ausgelöst nicht etwa durch eine direkte Initiative der Bundesregierung, sondern durch das so umstrittene Mollet-Interview. Mit anderen Worten: Mollet hätte, ohne es zu wollen, die Bonner Regierung veranlasst, in der Wiedervereinigungsfrage aktiv zu werden. Mollets Interview mag inhaltlich logisch oder unlogisch sein; selbst aber, wenn es unlogisch wäre oder ist, hat die Aufregung, die es hervorrief ihren Grund nicht in der etwaigen Unlogik. Was als so ärgerlich empfunden wird - nicht in Frankreich und anscheinend auch nicht überall im Ausland - ist, dass Mollet "aus der Reihe" tanzte und eine Schablone fallen liess, an die man sich gewöhnt hatte. Sie war kein Allheilmittel.

* * *

Die zweite Drohung

rd. Innerhalb kurzer Frist hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), und diesmal durch ihren Präsidenten Paulsen, an die Gewerkschaften die Drohung gerichtet, dass unter Umständen der Staat "zur Wahrung der ihm anvertrauten Lebensinteressen der Allgemeinheit" sich in das Gespräch um die Arbeitszeitverkürzung einschalten könnte, falls der Versuch der Verhandlungspartner misslinge, eine den Lebensinteressen der Gesamtheit dienende Lösung in der Arbeitszeitfrage zu finden. Diese eindeutige Ankündigung des Staatseingriffes - vermutlich ist hier ein Gewerkegesetz gemeint - rechtfertigt wohl -6-

die Annahme, dass sich die Arbeitgeber des Staatsapparates sicher fühlen, wenn sie nicht gar bereits konkrete Absprachen mit der Regierung über ein evtl. Eingreifen getroffen haben.

Die Gewerkschaften haben eindeutig zu erkennen gegeben, dass sie die Gespräche auf "höchster Ebene", zwischen DGB und BDA, allmählich müde sind und nunmehr beabsichtigen, diese Gespräche auf der Ebene der Tarifpartner, d.h. der Industriegewerkschaften einerseits und der einzelnen Arbeitgeberverbände für die entsprechenden Industriezweige andererseits, fortsetzen wollen. Nur auf dieser Ebene ist es möglich, aus dem Stadium der reinen Deklamationen in der Arbeitszeitfrage heraus- und in die praktische Verwirklichung einzutreten. Nur in diesem Bereich ist eben eine tarifvertragliche Regelung möglich, die ausserdem auf die Eigenheiten der einzelnen Erzeugungszweige, ja der einzelnen Unternehmen und die kontinuierliche Einführung einer verkürzten Arbeitszeit Rücksicht nehmen kann.

Die I.G.'s haben allerdings auch erklärt, bei diesen Gesprächen nicht auf den volkswirtschaftlichen Gesamtzuwachs der Produktivität Rücksicht nehmen zu können, zumal er in den einzelnen Industriezweigen unterschiedlich ist und dadurch unterschiedliche Regelungen notwendig macht. Sie haben weiter erklärt, die Produktivitätsregelung allein, die erstens den Produktivitätszuwachs in den vergangenen Jahren, zweitens die Bewegung der Preise, der Gewinne, Dividenden und Investitionen unberücksichtigt lässt, nicht als Grundlage der Verhandlungen anerkennen zu können. Daraus folgt, dass sie Verhandlungen keineswegs ablehnen, sondern zu forcieren suchen.

Es ist daher eine absichtlich missäutende Auslegung der Arbeitgeberverbände, die Ablehnung von Verhandlungen auf "höchster Ebene", die sich die Arbeitgeber noch weiterhin zur Verhinderung konkreter Ergebnisse für lange Zeit wünschen, als grundsätzliche Ablehnung von Verhandlungen hinzustellen. Allerdings haben die Gewerkschaften auch keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie gewillt sind, bei unbefriedigenden Verhandlungsergebnissen gewerkschaftliche Kampfmittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen einzusetzen. Und das allein ist es wohl, was die Arbeitgeber veranlasst, nun den Staat, dessen Eingriff in die Wirtschaft sie sonst strikt ablehnen, als Büttel gegen die Arbeiter aufzurufen. Die deutsche Arbeitnehmerschaft darf wohl erwarten, dass die Regierung sich baldigst erklärt, ob und in welcher Weise sie den Arbeitgebern Zusagen gemacht hat und mit welchen Mitteln sie in diese Auseinandersetzung einzugreifen gedenkt. * * *

Ein Vandalenakt

H.E. Zum Zeichen der Trauer haben am Sonntag alle Glocken der evangelischen Kirchen in Magdeburg geläutet. Trotz heftiger Einspruches der Kirchenleitung ist die Ulrichskirche, Magdeburgs ältester Kirchenbau, am 5. April auf den Befehl der sowjetzonalen Behörden gesprengt worden. Die SED-Usurpatoren haben "verkehrstechnische" Gründe für die Sprengung geltend gemacht. Die zahlreichen Proteste und die ablehnende Haltung der Bevölkerung haben diese "demokratischen" Behörden missachtet.

Ein Kirchengebäude wird aus dreifacher Sicht betrachtet und gewertet. Einmal symbolisiert es ein religiöses Bekenntnis, dessen kultische Form anzutaster niemand das Recht hat. Zum zweiten repräsentiert es die Kirchenorganisation als solche, die frei sein muss. Zum dritten aber - und das geht alle an, auch die Mitglieder anderer kirchlicher Organisationen und die bekenntnisfreien Menschen - ist ein Kirchengebäude als ein Stück Architektur und als ein Stück Heimat ein Schatz an ästhetischen und Gefühlswerten. Hier greift die Gemeinde der Bevölkerung über die Kirchengemeinde hinaus. Niemand hat das Recht, einer Bevölkerung einen solchen Schatz zu nehmen. Gerade im Falle des alt ehrwürdigen Kirchenbaues in der Ulrichstrasse zu Magdeburg, der zum Unterschied etwa von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin ein Kunstdenkmal war, ist es besonders läppisch, den vorläufig nicht einmal vorhandenen "Verkehr" als Vorwand für einen antifreiheitlichen und ausserdem dummen politischen Akt zu benutzen.

Durch Hitlers verbrecherische Politik war die Stadt Magdeburg, einst ein Beispiel für erfolgreiche sozialdemokratische Gemeindepolitik, fast in eine Wüste verwandelt worden. Die SED-"Behörden" setzen die Zerstörung mutwillig fort. Noch schlimmer als für die jetzt in der Stadt lebende Bevölkerung ist das für all die Tausende, denen das Regime in den letzten Jahren das Leben in ihrer Heimatstadt unmöglich gemacht hat. Besonders schmerzlich trifft die Sprengung diejenigen unter den Magdeburgern, die schon, ihrer Gesinnung wegen, von Hitler heimatvertrieben wurden und die in der SED-Herrschaftsbereich, derselben Gesinnung wegen, nicht zurückkehren können. Sie, die seit rund zwei Jahrzehnten die Heimat nicht sahen, bedauern mehr als alle anderen den Vandalenakt, der eins der letzten Zeugnisse des alten Stadtbildes auslöscht.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau